

überdurchschnittlichen Kosten ihre Förderung stärker erhöht als die mit unterdurchschnittlichen Kosten. Die bisherige Preispolitik hat also auch im Braunkohlenbergbau — wie auf allen anderen Gebieten — die Produktionsstruktur äußerst nachteilig im Sinne einer Verminderung der Gesamteffizienz beeinflusst, indem sie minder leistungsfähige Betriebe auf Kosten der leistungsfähigen künstlich am Leben erhielt. Selbst wenn man zugute hält, daß es einzelne wirtschaftlich arbeitende Gruben gibt, die auf keinen Fall oder doch nur unter stark steigenden Kosten ihre Produktion hätten ausdehnen können, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß bei einer entsprechenden Preis-, Produktions- und Bewirtschaftungspolitik eine namhafte Mehrförderung der leistungsfähigen Gruben zu erreichen gewesen wäre. Man hätte dann nicht leistungsfähige Gruben stilllegen können, ohne daß die Gesamtproduktion geschmälert worden wäre. Angesichts der starken Progression der Gesamtkostenkurve in ihrem oberen Teil hätten sich durch eine derartige Umschichtung der Förderung zugunsten der leistungsfähigen Betriebe die durchschnittlichen Gestehungskosten bedeutend ermäßigt. Da auf die letzten 5,5% der Gesamtförderung nach der Kostenstruktur im vierten Quartal 1947 11,2% der Gesamtkosten entfallen, hätte z. B. eine Mehrförderung von

5,5% der rationell arbeitenden Gruben eine etwa ebenso hohe Senkung der Durchschnittskosten der Gesamtproduktion ermöglicht. Die bisherige Preispolitik erweist sich damit mehr und mehr als eine der Hauptursachen dafür, daß eine bestimmte Produktionsmenge nicht zu den unter den gegebenen Bedingungen niedrigsten Kosten produziert wird.

Diese Schlußfolgerung läßt sich ziehen, ohne daß auf die Produktionspolitik im Braunkohlenbergbau näher eingegangen wird. Ein darüber hinausgehendes Urteil, welche Preisbildungsmethode dem Preisausgleichsfonds vorzuziehen wäre, kann freilich erst nach Klarstellung der Produktionsziele gefällt werden. Erst wenn man sich darüber klar geworden ist, ob und in welchem Umfang man künftig den österreichischen Braunkohlenbergbau ausbauen will, wird es möglich sein, eine optimale Preispolitik zu konzipieren. Die Wirtschaftspolitik wird dabei eine Reihe von Faktoren abzuwägen haben: die voraussichtliche Entwicklung der europäischen Kohlenlage und ausländischen Steinkohlenpreise, die österreichische Zahlungsbilanzsituation, die Erfahrungen im österreichischen Braunkohlenbergbau nach dem ersten Weltkrieg, die Möglichkeit und die Kosten einer umfassenden Rationalisierung der Gruben, um nur einige der wichtigsten Bestimmungsgründe zu nennen.

Das internationale Wechselkursproblem

Beseitigung von Zahlungsbilanzstörungen durch Wechselkursänderungen

Die Devisenlage fast aller westeuropäischen¹⁾ und vieler überseeischer Staaten hat sich seit Kriegsende ständig verschärft. Die Deviseneinnahmen in laufender Rechnung sind völlig unzureichend und können bei weitem nicht den Devisenbedarf für die dringendsten Importe decken. Selbst umfangreiche Auslandsanleihen erleichtern meist nur für kurze Zeit die Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Die einzelnen Staaten werden daher immer mehr ge-

¹⁾ Unter Westeuropa werden hier alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Ostblockländer verstanden. Die osteuropäischen Staaten bleiben hier außer Betracht, weil dem Wechselkurs im Rahmen ihrer total geplanten Volkswirtschaften kaum noch praktische Bedeutung zukommt.

zwungen, eigene Währungsreserven zur Finanzierung des lebenswichtigen Importbedarfes einzusetzen. Der rasche Verbrauch der englischen Dollaranleihe, die zunehmende Dollarknappheit in Schweden, das innerhalb eines Jahres seine umfangreichen, während des Krieges angesammelten Dollarguthaben fast ganz aufbrauchte, sowie die vergeblichen Versuche Frankreichs, durch Erfassung der privaten Auslandsguthaben, Aufnahme bedeutender Auslandskredite und diskriminierende Währungsmanipulationen das Zahlungsbilanzdefizit zu decken, sind nur einige der wichtigsten Beispiele für die allgemein wachsenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten der europäischen Länder. Um eine Erschöpfung der eigenen Währungsreserven zu verhindern, sahen sich die einzelnen Staaten gezwungen, die Nachfrage

nach Devisen und vor allem nach „harten“ Währungen künstlich durch eine strenge Devisenbewirtschaftung, durch Einfuhrbeschränkungen, bilaterale Handelsverträge und diskriminierende Währungsmethoden zu drosseln. Dieses aus der Zwangslage der einzelnen Staaten entstandene System restriktiver handelspolitischer Maßnahmen wird aller Voraussicht nach noch für längere Zeit dem europäischen Handel sein charakteristisches Gepräge geben. Die Dollarknappheit der europäischen Staaten wird zwar durch den Marshall-Plan (ERP) gelindert. Die Devisenlage jedoch wird vermutlich noch längere Zeit so gespannt bleiben, daß es den einzelnen Staaten kaum möglich sein wird, auf die Zwangsregulierung der Devisenmärkte und die diskriminierenden handelspolitischen Maßnahmen zu verzichten, es sei denn, die gesamte innere und äußere Wirtschaftspolitik würde von Grund auf geändert werden.

Der Internationale Währungsfonds, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Devisenbeschränkungen nach und nach abzubauen und ein multilaterales Zahlungssystem zu schaffen, scheint damit von einer Verwirklichung seiner Ziele weiter als je entfernt zu sein. Seit der Abfassung der Statuten des Währungsfonds in Bretton Woods sind nun bereits vier Jahre vergangen, ohne daß diese Institution bisher sichtbare Erfolge aufweisen konnte. Es hat vielmehr den Anschein, als ob ein freier multilateraler Handel, wenn überhaupt, so erst nach einer viel längeren Übergangszeit erwartet werden darf, als ursprünglich angenommen wurde¹⁾.

Der Hauptgrund hierfür liegt zweifellos in der noch immer schwierigen Wirtschaftslage der europäischen Staaten. Die veränderte Außenhandelsstruktur — viele westeuropäische Länder haben einen fast unersättlichen Bedarf an Waren aus Dollarländern, setzen aber ihre Exporte überwiegend in Ländern mit „weichen“ Währungen ab —, die noch immer beschränkten Produktionsmöglichkeiten in wichtigen Exportindustrien sowie die spekulative Nachfrage nach Gold und Dollar als Folge der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit sind nahezu unüberbrückbare Hindernisse für die Wiederherstellung freier Handelsbeziehungen.

Sowohl in theoretischen Diskussionen als auch in praktischen wirtschaftspolitischen Vorschlägen taucht jedoch immer wieder der Gedanke auf, ob

¹⁾ Ursprünglich wurde mit einer Übergangszeit von fünf Jahren nach Festlegung der Paritäten, die für die meisten Staaten im Dezember 1946 erfolgte, gerechnet, innerhalb der sich der Übergang zu einem freien Zahlungsverkehr vollziehen sollte.

nicht die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der westeuropäischen Staaten und die dadurch bedingte Zwangsregulierung der Außenhandelsbeziehungen auf unrichtige Währungsparitäten zwischen den einzelnen Ländern, insbesondere zwischen den USA und der übrigen Welt, zurückzuführen sind und ob nicht das internationale Zahlungsbilanzproblem durch eine *Währungsabwertung* einzelner Länder gelöst werden könne. Diese Frage hat in letzter Zeit dadurch erhöhte praktische Bedeutung erlangt, daß der „Nationale Beratungsausschuß“ der USA in einem Bericht an den amerikanischen Kongreß gefordert hat, die USA sollen verschiedene Länder ersuchen, ihre Währungen abzuwerten. Eine derartige Abwertung würde nach Meinung des Ausschusses dann in Frage kommen, wenn der Wechselkurs eines Landes seine Zahlungsbilanz übermäßig belastet. Diese Abwertungen würden zweifellos den Bestimmungen des internationalen Währungsfonds entsprechen, da die Zahlungsbilanzen vieler europäischer Länder grundlegend gestört sind und damit jene Bedingungen vorliegen, unter denen der Währungsfonds eine normale Währungsabwertung für zulässig erklärt.

Der vorliegende Aufsatz versucht nun, das Problem einer Währungsabwertung unter den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen näher zu beleuchten und die Frage zu klären, ob gegenwärtig eine Wechselkursänderung überhaupt Zahlungsbilanzschwierigkeiten lösen und ein freies Gleichgewicht auf dem Devisenmarkt herstellen kann. Die Ausführungen müssen sich zwangsläufig auf einige Hauptgesichtspunkte beschränken, da die Gesamtproblematik weit über das unmittelbare Wechselkursproblem hinausreicht und am Ende in die Frage nach der Zweckmäßigkeit verschiedener wirtschaftlicher Ordnungsprinzipien einmündet, die naturgemäß in diesem Rahmen nicht einmal andeutungsweise behandelt werden kann.

Die allgemeinen Auswirkungen einer Abwertung

Durch eine Abwertung werden die Exportpreise des abwertenden Landes ausgedrückt in Gold oder ausländischen Zahlungsmitteln, gesenkt, die Importpreise dagegen erhöht. Durch diese Preisverschiebungen wird unter normalen Wirtschaftsverhältnissen der Export angeregt und das Angebot an Devisen vergrößert, während gleichzeitig die Nachfrage nach Importgütern und damit die Nachfrage nach Devisen zurückgeht. Mit Hilfe einer Abwertung kann daher im allgemeinen, ebenso wie durch eine Preiserhöhung bei einer Ware, ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf

dem Devisenmarkt beseitigt und ein neuer Gleichgewichtskurs gefunden werden

Dieser Abwertungsmechanismus funktioniert jedoch auch unter normalen Wirtschaftsverhältnissen nur unter bestimmten Voraussetzungen. Zunächst muß entweder die inländische Nachfrage nach Importwaren oder die ausländische Nachfrage nach Exportwaren preiselastisch sein, d. h. eine bestimmte Preisveränderung muß eine relativ größere Veränderung der Nachfrage hervorrufen. Ist die Nachfrage sowohl im Export als auch im Import unelastisch, so wird durch eine Abwertung das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt noch weiter verschärft, ohne daß ein Gleichgewichtszustand gefunden werden kann. Die mengenmäßige Ausfuhr wird dann zwar steigen, die Steigerung wird jedoch nicht ausreichen, den durch die Abwertung verringerten Devisenertrag pro ausgeführte Mengeneinheit auszugleichen. Der gesamte Devisenerlös wird daher geringer sein als vor der Abwertung. Wenn gleichzeitig die Importnachfrage trotz erhöhter Importpreise relativ stabil bleibt, muß die erhoffte ausgleichende Wirkung auf die Zahlungsbilanz ausbleiben.

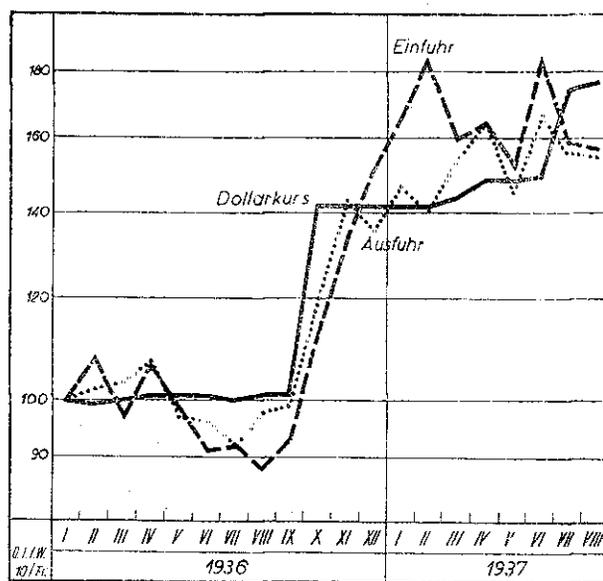
Bei jeder Abwertung besteht weiters die Gefahr, daß die zunächst eintretenden Erfolge einer Abwertung sehr bald durch eine Erhöhung des inländischen Preisniveaus wieder zunichte gemacht werden. Solange sich die Preiserhöhungen im abwertenden Lande auf die importierten Waren und die aus importierten Rohstoffen erzeugten Fertigwaren beschränken, bleiben die durch die Abwertung erkaufte Preisvorteile im Export noch weitgehend bestehen. Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß die hohen Importpreise vor allem dann, wenn Lebensmittel und andere für den Arbeiterhaushalt wichtige Bedarfsgegenstände importiert werden, Lohnerhöhungswellen auslösen, durch die die gesamte inländische Produktion verteuert wird und der Kostenvorsprung gegenüber dem Ausland wieder verloren geht.

Schließlich ist durch eine Abwertung keine Erleichterung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu erwarten, wenn sich als Folge der Abwertung der Beschäftigungsgrad und damit das Volkseinkommen erhöht. Dies trifft vor allem auf Volkswirtschaften zu, die unter größerer Arbeitslosigkeit leiden. Die Produktionsbelebung in den Exportindustrien wird sich dann, wenn die sonstigen Bedingungen für einen Aufschwung gegeben sind, kumulierend über die gesamte Wirtschaft ausbreiten. Die Exporterlöse werden zwar steigen, gleichzeitig erhöht sich aber auch die Nachfrage nach Importgütern infolge

des höheren Volkseinkommens und des gestiegenen Beschäftigungsgrades. Da die Nachfrage nach Importgütern in der Regel parallel mit dem Steigen des Volkseinkommens zunimmt, werden die erhöhten Exporterlöse meist durch eine erhöhte Importnachfrage überkompensiert werden.

Ein gutes Beispiel dafür, daß eine Abwertung selbst unter normalen Wirtschaftsverhältnissen vielfach nicht den gewünschten Erfolg zeitigt, bietet die Abwertung des französischen Franken im August 1936. Trotz einer 30%igen Abwertung konnte der

Abb 9. Der Einfluß der Abwertung des französischen Franken im Jahre 1936 auf die Ein- und Ausfuhr Frankreichs (Log Maßstab: Jänner 1936 = 100)



Die Abwertung des französischen Franken im August 1936 brachte keineswegs den gewünschten Erfolg (die Verminderung des Handelsbilanzpassivums). Die mangelnde Elastizität der Nachfrage nach den Export- und Importgütern brachte mit sich, daß nach der Abwertung die Einfuhr stärker stieg als die Ausfuhr.

Export nur unbedeutend ausgedehnt werden, da die Nachfrage nach französischen Waren in anderen Ländern durch hohe Zollmauern und mengenmäßige Ausfuhrregulierungen weitgehend unelastisch war. Außerdem wurde der Preisvorsprung sehr bald durch die ansteigenden französischen Preise wieder eingeengt. Andererseits erfuhr die Einfuhr aus dem Rohstoffbedarf und dem aus der erhöhten Beschäftigung erwachsenden größeren Konsumbedarf einen Auftrieb, der den zufolge der erhöhten Importpreise erwarteten Nachfragerückgang überkompensierte. So kam es, daß im August 1937, ein Jahr nach der Abwertung, die Ausfuhr gegenüber August 1936 mengenmäßig um 5% und wertmäßig um 59%, die

Einfuhr aber um 15% bzw. 79% gestiegen war. Der Einfuhrüberschuß erhöhte sich dementsprechend von 595 Mill. Franken auf 1.297 Mill. Franken. Dies entspricht — unter Berücksichtigung der Frankenabwertung — einer Zunahme des Handelsbilanzpassivums von 391 Mill. Dollar auf 485 Mill. Dollar. Das Ergebnis der Frankenabwertung war also eine weitere bedeutende Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation.

Problematischer Erfolg einer Währungsabwertung unter den gegenwärtigen Verhältnissen

Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen der europäischen Staaten sind die Aussichten, durch eine gleichzeitige allgemeine Abwertung die Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu beseitigen und einen Gleichgewichtskurs zu finden, noch geringer als in Frankreich im Jahre 1936. Sowohl auf der Einfuhrseite wie auch auf der Ausfuhrseite wirkt heute eine Reihe handelsbeschränkender Faktoren produktions technischer und administrativer Natur, so daß die von der Theorie vorausgesetzten Bedingungen für den Erfolg einer Abwertung fast durchwegs nicht zutreffen.

Auf der *Einfuhrseite* bestehen heute in den meisten europäischen Ländern strenge quantitative Einfuhrkontrollen, die nur die Einfuhr der wichtigsten Importwaren, und auch diese nur in sehr eingeschränktem Umfang, zulassen. Soweit auch weniger wichtige Waren eingeführt werden, handelt es sich meist um Kompensationen oder andere bilaterale Abkommen, die von einer Wechselkursänderung nur wenig berührt werden. Da die Nachfrage nach Einfuhrgütern, die mit Devisen bezahlt werden müssen, bereits durch Einfuhrgenehmigungen und Devisenbewirtschaftung künstlich gedrosselt ist, erscheint eine weitere Nachfragebeschränkung durch höhere Importpreise weder nötig noch angesichts der Dringlichkeit der schon quantitativ beschränkten Importe in nennenswerten Umfang überhaupt möglich. Die Abwertung wird daher die Einfuhrmenge und damit auch den Devisenbedarf nur sehr schwach beeinflussen.

Da sich demnach von der *Einfuhrseite* her der Druck auf die Zahlungsbilanz nicht verringern wird, müßte der Ausgleich allein durch eine *Ausfuhrsteigerung* herbeigeführt werden. Die Möglichkeiten, die Ausfuhr durch eine Senkung der Exportpreise zu erhöhen, sind jedoch unter den gegenwärtigen Umständen sehr beschränkt.

Die Ausfuhr von lebenswichtigen Gütern und solchen, die für den Wiederaufbau dringend benötigt werden, wird weniger durch den Preis als

vielmehr durch die beschränkten Liefermöglichkeiten begrenzt. Wenn auch die Konkurrenz auf den Weltmärkten zunimmt und die Monopolstellung einzelner, vom Krieg unberührter Staaten nach und nach schwindet, so sind doch in vielen Staaten die noch nicht überwundenen Produktionsschwierigkeiten sowie der erhöhte Eigenbedarf das Haupthindernis für eine Ausweitung des Exportes. Ein typisches Beispiel hierfür ist die englische Kohlausfuhr. Preismäßig könnte die englische Kohle am europäischen Kontinent ohne weiteres mit der durch hohe Transportkosten belasteten amerikanischen Kohle konkurrieren. Die Ausfuhr im Jahre 1947 erreichte jedoch nur 55 Mill. t gegenüber 47 Mill. t im Jahre 1938, da die Produktion im gleichen Zeitraum von 230 Mill. t auf 199 Mill. t zurückgegangen und der Eigenbedarf von 183 Mill. t auf 186 Mill. t gestiegen ist. Bei vielen wichtigen Waren wird daher nur eine Produktionssteigerung oder eine Beschränkung des Eigenbedarfes, nicht aber eine Abwertung eine Erhöhung der Ausfuhrmenge ermöglichen. Eine Abwertung würde in diesen Fällen sogar zu einem Rückgang der Deviseneingänge führen, da das Devisenland nunmehr eine durch andere Umstände (Produktion, Eigenbedarf) begrenzte Ausfuhrmenge zu einem niedrigeren Preis erhält.

Auch die Ausfuhr von Luxusgegenständen und von Waren, denen in der gegenwärtigen Übergangsperiode geringere Bedeutung zugemessen wird, kann durch eine Abwertung kaum entscheidend erhöht werden. Die inländische Produktion sowie die ausländische Nachfrage nach diesen Waren ist zwar in der Regel elastisch; eine Erweiterung des Auslandsabsatzes wird jedoch dadurch verhindert, daß mit Ausnahme der Schweiz und der Vereinigten Staaten fast alle Länder die Einfuhr entbehrlicher Waren durch direkte quantitative Kontrollen beschränken. Wie weit der Absatz auf diesen zwei Märkten ausgedehnt werden kann, hängt von der Exportstruktur des abwertenden Landes und der Elastizität der ausländischen Nachfrage ab. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Mehrerlös an Dollars und Schweizer Franken zumindest zum Teil durch eine Verminderung der Deviseneinnahmen (soweit Devisenzahlungen die Grundlage des Warenverkehrs bilden) aus jenen Ländern kompensiert wird, die nur eine bestimmte Menge einführen und diese nunmehr zu niedrigeren Preisen erhalten.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß eine allgemeine, nicht diskriminierende Wechselkursänderung eines Landes unter den gegenwärtigen Umständen nicht geeignet ist, das Zahlungsbilanzdefizit zu vermindern oder ein Gleichgewicht zwi-

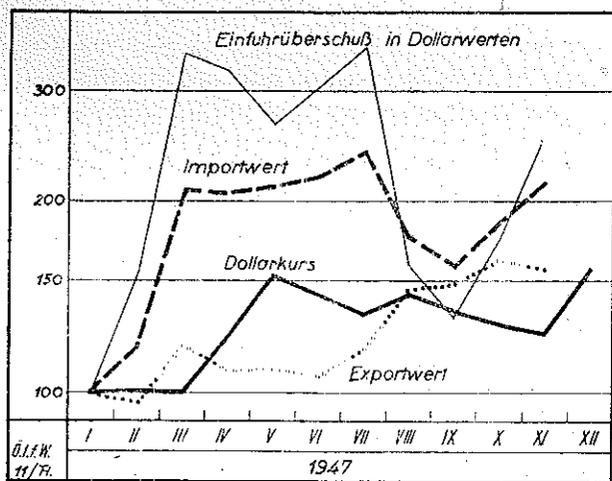
schen Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt wiederherzustellen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß jede Abwertung eine Reihe schwieriger binnenwirtschaftlicher Probleme aufwirft. Die Gefahr einer inflationistischen Entwicklung wurde bereits erwähnt. Sie ist unter den gegenwärtigen Nachkriegsverhältnissen besonders groß, da das innere Preisniveau vieler Staaten noch äußerst labil ist und auf eine Erhöhung der Importpreise unmittelbar mit einer neuen Preis-Lohn-Spirale reagieren würde. Selbst wenn das Preisniveau durch eine restriktive Kreditpolitik gehalten werden kann, bleibt als dauernder Nachteil die Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse. Für eine bestimmte Menge Einfuhrgüter muß nach der Abwertung eine größere Menge Exportgüter hingegeben werden als vor der Abwertung. Die Verschlechterung der Austauschverhältnisse wird vor allem dann bedeutend sein, wenn gleichzeitig mit der Abwertung der Devisenmarkt freigegeben wird, da dann der freie Wechselkurs infolge spekulativer Einflüsse weit über das auf Grund der Preisparitäten zu erwartende Ausmaß hinausgetrieben wird. Dies gilt insbesondere für den Dollar, der angesichts seiner allgemeinen Verwertbarkeit und des weit verbreiteten Mißtrauens in die Stabilität der europäi-

schen Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse sehr begehrt und daher auf dem freien Markt überbewertet wird.

Die Problematik einer Abwertung und der Einführung eines freien Devisenkurses wird deutlich an dem Beispiel Italien ersichtlich. Italien, das schon seit März 1946 neben seinem offiziellen Wechselkurs einen freien Wechselkurs hat, ist heute einem Gleichgewicht nicht näher als jene Staaten, die an einem „künstlichen“ Kurs festgehalten haben. Der Außenhandel ist zwar gestiegen, die Steigerung ist aber so wie in anderen Ländern vorwiegend durch nicht-monetäre Faktoren verursacht. Ein Zusammenhang zwischen der Bewegung des Außenhandels und dem Dollarkurs ist nicht festzustellen. Auch das Defizit der Handelsbilanz zeigt keine Tendenz zu einer automatischen Abnahme, sondern wird in erster Linie durch die direkte Lenkung der Importe und Exporte bestimmt. So war z. B. der Einfuhrüberschuß im Juni 1947, als der Dollarkurs¹⁾ um 41% höher stand als im Jänner, zum jeweiligen Dollarkurs gemessen, mit 57,4 Mill. Dollar mehr als 200% höher als im Jänner 1947 (18,8 Mill. Dollar). In Lire erreichte die Steigerung sogar mehr als das Vierfache (30,6 Mrd. Lire gegenüber 7,1 Mrd. Lire). Während die erhoffte Erleichterung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten ausgeblieben ist, mußte die italienische Volkswirtschaft durch den freien Devisenmarkt eine bedeutende Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse in Kauf nehmen. Die spekulative Überbewertung des freien Dollars geht deutlich aus einem Preisvergleich mit der Vorkriegszeit hervor. Die italienischen Großhandelspreise standen im Jänner 1948 auf 5,391 (1938 = 100) und der Dollarkursindex auf 2,975. Die italienischen Preise sind daher auf Dollarbasis um 81% gestiegen, die amerikanischen Großhandelspreise aber im gleichen Zeitraum um 111% gestiegen, so daß die Lireabwertung, gemessen an den Preisrelationen, zu hoch erscheint. Auch das Pfund wird auf dem freien Devisenmarkt in Italien

Abb. 10. Der Einfluß der Lire-Abwertung auf die Ein- und Ausfuhr Italiens im Jahre 1947

(Log. Maßstab; Jänner 1947 = 100; Ein- und Ausfuhr in Lire, Einfuhrüberschuß in Dollar)



Die starke Abwertung der Lire im Jahre 1947 hatte keinen merkbaren Einfluß auf die relative Entwicklung der Ein- und Ausfuhr; der Einfuhrüberschuß war nach der Abwertung sogar größer als zuvor. In der gegenwärtigen Periode der Einfuhrbeschränkungen und der Produktionshemmungen in wichtigen Ausfuhrindustrien, werden die Importe und Exporte der europäischen Staaten mehr durch technische und administrative Faktoren als durch Änderungen des Wechselkurses beeinflusst.

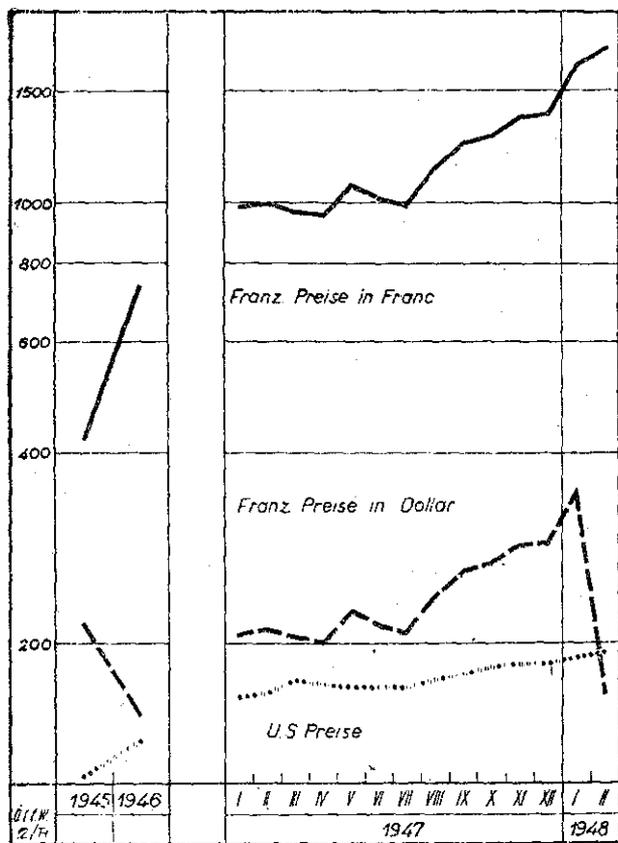
¹⁾ Der hier und in Abbildung 10 verwendete Dollarkurs ist der Durchschnitt zwischen dem offiziellen und dem freien Kurs. Zu diesem Durchschnittskurs realisiert der Exporteur seine Deviseneinnahmen, da er 50% zum offiziellen Kurs abliefern muß und den Rest frei verkaufen kann. Auch für den Gesamtimport ist er der maßgebliche Kurs, da die wichtigsten Importe zum offiziellen Kurs, die weniger wichtigen (aber trotzdem lizenzierten) Importe zum freien Kurs eingeführt werden. Seit November 1947 ist der Unterschied zwischen dem freien und dem offiziellen Kurs gering, da letzterer auf dem Durchschnitt der freien Kurse des Vormonats (unter Ausschaltung aller Werte von unter 350 oder über 650 Lire per Dollar) basiert.

gegenüber dem Dollar unterbewertet. Obwohl die britischen Großhandelspreise seit 1937 etwa im gleichen Ausmaß gestiegen sind wie die amerikanischen, wurde das Pfund, dessen offizieller Kurs mit 4.03 Dollar gegenüber 1937 um 19% abgewertet ist, im Februar 1948 auf dem freien Devisenmarkt mit einem Disagio von 20% um 3.21 Dollar gehandelt. Diese spekulative Überbewertung der Hartwährungen ist einer der Hauptgesichtspunkte für die ablehnende Haltung der englischen Regierung gegenüber einer Abwertung oder einer Lockerung der Devisenbewirtschaftung.

Eine Abwertung scheint allerdings trotz der damit verbundenen Gefahren auf die Dauer dann unvermeidlich, wenn das allgemeine Preisniveau eines Landes gegenüber dem Weltmarktpreisniveau

Abb. 11. Frankreichs Versuche, durch Währungsabwertungen seine internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen

(Log Maßstab; Großhandelspreise, Φ 1937 = 100)



Nach der Abwertung des französischen Frankens am 26. Dezember 1945 stiegen die Preise in Frankreich rasch und entfernten sich besonders in der zweiten Hälfte 1947, immer mehr vom Weltmarktpreisniveau. Die neuerliche Abwertung am 26. Jänner 1948 stellt den Versuch dar, die verlorene Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen. Gleichzeitig sollen durch die Einführung diskriminierender Wechselkurse die Zahlungsbilanzschwierigkeiten gemildert werden.

so stark gestiegen ist, daß selbst die wichtigsten Ausfuhrwaren keinen Absatz mehr finden. In diesem Fall ist eine Abwertung notwendig, um die völlige Ausschaltung aus dem Welthandel zu verhindern. Unter diesem Gesichtspunkt war die 44.44%ige Abwertung des französischen Frankens am 26. Jänner 1948 gerechtfertigt, da die französischen Großhandelspreise von Jänner 1947 bis Jänner 1948 um 67%, die englischen und amerikanischen in der gleichen Periode jedoch nur um 17% gestiegen sind. Auch in Österreich würden Preissteigerungen einen solchen Schritt notwendig machen, da die österreichischen Exportpreise bereits jetzt vielfach über den ausländischen Konkurrenzpreisen liegen.

Eine Abwertung zur Beseitigung von Preisniveaudisparitäten muß jedoch streng von einer Abwertung zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Devisenmarktes unterschieden werden. Sie dient lediglich dazu, Länder, deren Preisentwicklung aus dem internationalen Rahmen herausgefallen ist, wieder in den internationalen Handelsverkehr einzureihen, falls eine Deflation nicht möglich oder wünschenswert ist. Der Abwertungsprozentsatz wird daher nur so hoch gewählt werden, daß der Preisniveauunterschied gegenüber dem Weltmarkt ausgeglichen wird.

Alternative Lösungen bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten

Da eine allgemeine Abwertung der Währung eines Landes nicht genügt, den Druck auf die Zahlungsbilanz zu beseitigen, müssen andere Wege zur Lösung des internationalen Zahlungsbilanzproblems gefunden werden.

Eine zunächst erfolgversprechende Maßnahme ist eine differenzierte Währungsabwertung, wie sie im Zuge der allgemeinen Frankenabwertung in Frankreich durchgeführt wurde. Das französische System besteht darin, daß neben dem offiziellen Devisenmarkt ein freier Markt für amerikanische Dollars, portugiesische Eskudos und Schweizer Franken errichtet wurde, auf dem Exporteure 50% ihrer Einnahmen verkaufen dürfen, während sie 50% zum offiziellen Kurs abgeben müssen. Importeure, die wichtige Waren einführen, erhalten die Devisen zum offiziellen Kurs, während für minder wichtige Waren sofern für ihre Einfuhr eine Lizenz erteilt wurde die Devisen am freien Markt erworben werden müssen. Da sich der freie Devisenmarkt nur auf Dollars und Escudos erstreckt, ist der Abwertungsprozentsatz für diese Währungen bedeutend größer als für alle übrigen, die nur zum offiziellen Kurs

gehandelt werden. Dadurch wurde einseitig gegenüber diesen beiden „harten“ Währungen diskriminiert. Der Export nach Hartwährungsländern wird angeregt, da der effektive Wechselkurs für den Exporteur (Durchschnittskurs zwischen dem offiziellen und dem freien Kurs¹⁾ günstiger ist als der allgemeine Wechselkurs, während die Importe minder wichtiger Güter aus diesen Ländern nebst dem Bewilligungssystem durch den hohen freien Kurs eingeschränkt werden. Der niedrige offizielle Kurs für wichtige Importe verhindert dabei, daß sich die Kursverschlechterung voll auf Kosten der Exportindustrien auswirkt. Schließlich erhofft sich die französische Regierung von dem hohen Dollar- und Goldkurs auf dem freien Markt eine Repatriierung der beträchtlichen Devisenhorte französischer Staatsbürger. Diese Hoffnung scheint allerdings bis jetzt nicht erfüllt worden zu sein, da die spekulative Kapitalflucht zur Zeit selbst durch beträchtliche Kursschwankungen nicht beeinflußt wird.

Das französische Experiment ist zweifellos ein Weg, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten und vor allem die Knappheit an „harten“ Währungen zu mildern. Es birgt jedoch die Gefahr, daß durch die Schaffung neuer Relationen zwischen den Währungen anderer Länder und durch die Ausbreitung von diskriminierenden Währungsmethoden neue Währungskriege und schließlich ein ähnliches Währungschaos entstehen, wie in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg. Gerade diese Entwicklung sollte jedoch der Internationale Währungsfonds verhindern. Er erhob deshalb auch Einspruch gegen die französische Abwertung, und zwar nicht gegen die Abwertung an sich, sondern vielmehr gegen die Methode der differenzierten Abwertung. Die französische Regierung setzte sich aber mit dem Hinweis auf die ernste Devisenlage über diesen Einspruch hinweg und führte die Reform durch.

Wenn man einseitige Währungsdiskriminierungen ablehnt, die für ein Land nur so lange Vorteile bringen, als andere Staaten nicht zu den

¹⁾ Im Februar 1948 stand der offizielle Dollarkurs in Frankreich auf 21471 Frcs. und der freie Kurs auf 30670 Frcs. Der effektive Kurs für den Exporteur betrug daher 26070. Der Franc wurde damit gegenüber den harten Währungen um 54%, gegenüber den übrigen Währungen jedoch nur um 44% abgewertet.

gleichen Methoden greifen, so scheinen *direkte* Außenhandelslenkungsmethoden, wie Devisenbewirtschaftung, Ein- und Ausfuhrbewilligungen und bilaterale Verträge unentbehrliche Instrumente zur Erhaltung des Gleichgewichtes auf den Devisenmärkten der einzelnen Länder. Damit werden freilich die Ziele des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Handelsorganisation, die ein multilaterales, freies Handels- und Zahlungssystem anstreben, noch für längere Zeit nicht verwirklicht werden können. Die Schwäche dieser Abkommen liegt eben darin, daß sie die Umstellungsschwierigkeiten der einzelnen Länder, die ihre Wirtschaftsstruktur vielfach vollkommen neuen Verhältnissen anpassen müssen, unterschätzt haben. Solange die Anpassung der einzelnen Länder an die veränderte Weltwirtschaftsstruktur nicht vollzogen ist, werden ihre Zahlungsbilanzen einem dauernden Druck ausgesetzt sein, der durch die Abwertung einzelner Länder allein nicht beseitigt werden kann und den auch der internationale Währungsfonds mit seinen beschränkten Mitteln nicht wesentlich mildern kann. Damit soll nicht gesagt werden, daß die in Bretton Woods und in Havanna gesteckten Ziele überhaupt nicht erreichbar sind. Es kommt vielmehr darauf an, daß die zur Zeit bestehenden direkten Außenhandelslenkungsmethoden so verfeinert werden, daß durch eine allmähliche Ausbreitung bilateraler Abkommen nach und nach der Übergang zu einem freieren Handels- und Zahlungssystem gefunden werden kann, ohne daß die einzelnen Staaten vor unlösbare Anpassungsprobleme gestellt werden. Dabei wird es sich freilich als notwendig erweisen, daß die einzelnen Staaten in stärkerem Maße, als dies bisher der Fall war, auch in ihrer inneren Wirtschaftspolitik die Gesamtbelange der europäischen Wirtschaft berücksichtigen. Eine vernünftige Beschränkung der nationalen Investitionsprogramme, die bisher den Exportindustrien knappe Produktionsmittel entzogen haben, eine allmähliche Aufsaugung der inländischen Nachfrageüberschüsse und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Marshall-Planes könnten viel zur Wiederbelebung des europäischen Handels beitragen und damit die Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zu einem freien Handelssystem schaffen.